

Rainer DANIELZYK, Oldenburg

## **Regionalisierung der Ökonomie — Regionalisierung der Politik in Niedersachsen: Zur Aktualität geographischer Regionalforschung\***

### **1. Einleitung**

„Regionalisierung“ ist ein Schlagwort, das gegenwärtig vor allem in Politik und Wissenschaft Hochkonjunktur hat. An vielen Orten wird über die Dezentralisierung von Wirtschaft und Verwaltung diskutiert, werden endogene Potentiale gesucht, regionale Selbstverantwortung und Selbstorganisation proklamiert und regionale Identitäten beschworen. Häufig ist ein Ausgangspunkt für den Entwurf politischer Regionalisierungsstrategien oder wissenschaftlicher Regionalforschungsprogramme die Annahme, daß es aufgrund wirtschaftlicher Prozesse eine „objektive“ Bedeutungssteigerung der regionalen Ebene gäbe. Um hierbei zu einer etwas klareren Einschätzung zu kommen, ist es meines Erachtens sinnvoll, etwas grundsätzlicher diese Tendenzen und Zusammenhänge zu reflektieren, ehe ich auf die konkrete Situation in Niedersachsen eingehen werde, wo seit 1991 umfangreiche politische Regionalisierungsbestrebungen zu finden sind. Daher gliedert sich der Beitrag in zwei Hauptteile: die Diskussion der Frage nach einem Bedeutungszuwachs der regionalen Ebene (Kap. 2) und Ausführungen zur wirtschaftlichen Situation einiger Regionen sowie zur Regionalisierungspolitik in Niedersachsen (Kap. 3). Zum Abschluß folgen einige Anmerkungen zur aktuellen Bedeutung geographischer Regionalforschung (Kap. 4).

### **2. Bedeutungszuwachs der regionalen Ebene?**

Die Frage nach einem möglichen Bedeutungszuwachs der regionalen Ebene soll etwas ausführlicher im Hinblick auf Ökonomie (2.1) und Politik (2.2) erörtert,

\* Überarbeitete Fassung eines Vortrages auf der Jahrestagung des Zentralausschusses für deutsche Landeskunde am 26. 3. 1993 in Duisburg. Ich danke Günter Heinritz und Ilse Helbrecht (München) für kritische Anmerkungen.

aber nur kurz auf kulturelle Aspekte (2.3) und die europäische Dimension des Themas (2.4) eingegangen werden. Die hier im Mittelpunkt stehende Frage ist zweifellos für die Wirtschafts- und Sozialgeographie von besonderem Interesse, da bekanntlich schon oft postuliert wurde, daß die Region die „eigentliche geographische Maßstabebene“ sei. Es sei hier ausdrücklich darauf hingewiesen, daß ich bewußt den Begriff „regionale Ebene“ bevorzuge, da er die prozessualen und handlungsorientierten Aspekte meines Erachtens besser zum Ausdruck bringt als der Terminus „Region“, der zudem häufig unerfreuliche Abgrenzungsdiskussionen provoziert.<sup>1</sup> Dabei soll unter „regionaler Ebene“ in der Bundesrepublik Deutschland ganz allgemein die Ebene zwischen Kommunen und Bundesländern verstanden werden.

Eine weitere Vorbemerkung muß dem theoretischen Bezugsrahmen für meine Überlegungen gelten: In Untersuchungen zum gegenwärtig stattfindenden Wandel räumlicher Strukturen wird in letzter Zeit häufiger, vor allem in der angelsächsischen Geographie, auf die sogenannte Regulationstheorie als Interpretationsgrundlage zurückgegriffen. Sie thematisiert gegenwärtig meines Erachtens den komplexen Zusammenhang und Wandel von Ökonomie, Politik, Kultur und räumlichen Entwicklung am adäquatesten. Ein Schwerpunkt der Aufmerksamkeit regulationstheoretischer Analysen sind Phasen des sozioökonomischen Umbruchs bzw. der Herausbildung eines neuen „Gleichgewichtes“ zwischen ökonomisch-technologischen und politisch-institutionellen Entwicklungen. Wenn die Dynamiken ökonomischer Verwertungsprozesse und politisch-sozialer Regulationsformen miteinander kollidieren, das heißt nicht mehr zueinander „passen“, gerät die jeweilige gesellschaftliche Formation in eine umfassende Strukturkrise.<sup>2</sup>

In diesem Sinne kann davon gesprochen werden, daß die Jahrzehnte nach dem 2. Weltkrieg in der Bundesrepublik Deutschland durch eine „intensive Akkumulation“ gekennzeichnet waren. Diese stabile Phase massenhafter Produktion standardisierter Güter für den Massenkonsum wird als „Fordismus“ bezeichnet. Die Raumstrukturen dieser Phase sind idealtypisch durch Zonierungen und eine Polarität von Zentren und Peripherien gekennzeichnet.

In den 70er und frühen 80er Jahren sind die Grenzen dieses Entwicklungsmodells deutlich spürbar geworden. Seither zeichnet sich der Übergang zu einem neuen Entwicklungsmodell ab, das durch „flexible Akkumulation“ gekennzeichnet ist. Flexible Produktionsstrategien erlauben es, umstandslos von der Herstellung einer Produktkonfiguration auf eine andere umzuschalten und die Produktionsmengen ohne Effizienzverluste kurzfristig anzupassen. Flexible Produktionssysteme verlangen den Einsatz neuer Technologien auf der Basis von Mikroelektronik. Sie führen zur Ausdifferenzierung und Polarisierung von Arbeitsmärkten. In unserem Kontext ist wichtig, daß sie neue innerbetriebliche Organisationskonzepte erfordern: Abbau von standardisierten Tätigkeiten und Entscheidungswegen sowie dezentralisierte Entscheidungsfindung in „flachen Hierarchien“. Parallel dazu ist aber auch eine Internationalisierung von Konzernstrukturen mit einer Verringerung der Zahl strategisch bedeutsamer Zentralverwaltungen sowie eine Globalisierung von Zuliefer- und Absatzbeziehungen zu beobachten.

Somit sind Globalisierung und Dezentralisierung Aspekte, die bei der Erörterung von Raumstrukturen im Umbruch vom „Fordismus“ zum „Postfordismus“ zu beachten sind. Darüber hinaus ist nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß mit dem Auftreten flexibler Produktionsformen keinesfalls das abrupte Ende des Fordismus gekommen ist, vielmehr beide Entwicklungstypen parallel Wirksamkeit entfalten.

## 2.1 Regionalisierung der Ökonomie?

Nach meiner Übersicht gibt es gegenwärtig mindestens sechs unterscheidbare Typen räumlicher Entwicklungen im Kontext des beschriebenen Wandels (vgl. DANIELZYK/OSSENBRÜGGE 1993; KILPER/REHFELD 1991; MAYER 1991):

1. Die zunehmende internationale Integration der Wirtschaft, das Entstehen immer spezialisierterer Dienstleistungen zur Planung und Realisierung neuer Produktionsformen sowie die wachsende Bedeutung des Finanzkapitals führen dazu, daß große Metropolen („Global Cities“) immer größere Bedeutung erhalten.
2. In engem räumlichen Zusammenhang mit international bedeutsamen Forschungszentren sind Agglomerationen von Hochtechnologieunternehmen (z. B. Mikroelektronik, Biotechnologie) entstanden. Zentraler Faktor dieser Prozesse sind offenkundig räumliche Nähe zu spezialisierten Zulieferern und zu einem sehr spezifisch qualifizierten Arbeitskräftepotential, während die Bedeutung der Nähe zu Universitäten für fortlaufende Innovationsprozesse noch ungeklärt ist (vgl. KILPER/REHFELD 1991, 25 ff.).
3. Gerade in den klassischen, fordistisch geprägten Industriezweigen wird zur weiteren Kostenersparnis die räumliche Arbeitsteilung weiter intensiviert. Standardisierte Massenproduktionen werden aus den hochindustrialisierten Ländern in die internationale Peripherie verlagert, während die Entscheidungsfunktionen weiter zentralisiert werden.
4. Bestimmte Industrieproduktionen lassen sich aufgrund der flexiblen Produktionstechnologien dezentralisieren, so daß auch in einigen ländlichen Räumen westlicher Industrieländer die industrielle Produktion zunimmt.
5. Wenig eindeutig sind insbesondere die räumlichen Folgen der gegenwärtig zu beobachtenden Umstrukturierung von Großunternehmen. Zum Abbau von Risiken und Lagerhaltung, zur Nutzung komparativer Standortvorteile usw. erfolgt im wachsenden Umfang Auftragsvergabe an Subunternehmen. Diese („externe“) Flexibilisierungsstrategie kann territorial integriert oder desintegriert erfolgen. Manches spricht für die räumliche Nähe von Zulieferern und Dienstleistungen, aber es gibt empirisch nachgewiesene Beispiele für den Abbau regionaler Lieferverflechtungen.<sup>3</sup>
6. Im Mittelpunkt der Diskussionen neuer („postfordistischer“) Raumstrukturen stehen häufig die sogenannten regionalen Produktionsbezirke („industrial districts“), die durch flexibel spezialisierte regionale Produktionssysteme gekennzeichnet sind. Darunter wird ein Netzwerk von Betrieben in

einer Region verstanden, „die direkt oder indirekt für den gleichen Endmarkt produzieren, in einem gemeinsamen kulturellen Milieu verankert ... (und) untereinander durch ... ein komplexes Geflecht aus Wettbewerb und Kooperation“ verbunden sind (a.a.O., S. 8 f.). Die Produktion ist gleichermaßen durch zwischen- wie innerbetriebliche Flexibilität charakterisiert. Dieser Entwicklungstyp ist sozusagen der Idealfall einer Regionalisierung der Ökonomie, das bekannteste Beispiel dafür das vielfach beschriebene „Dritte Italien“.

Aus diesen sechs Typen der Raumwirksamkeit neuer Produktionsformen läßt sich ein umfassender Trend zu einer „Regionalisierung der Ökonomie“ nicht eindeutig ableiten. Es gibt Beispiele für einen Bedeutungszuwachs der regionalen Ebene durch neue Produktionsformen, wobei insbesondere Hochtechnologieagglomerationen (2.) und regionale Produktionsbezirke (6.), aber auch die territorial integrierte Flexibilisierungsstrategie von Großunternehmen (5.) besondere regionalpolitische Aufmerksamkeit gefunden haben. Diese übersieht allerdings, daß gerade das Entstehen von regionalen Produktionsbezirken oder von Hochtechnologieagglomerationen ein Resultat längerer historischer Entwicklungen ist, diese somit nicht durch Regionalpolitik kurzfristig „erzeugt“ werden können. In jedem Falle ist allerdings festzustellen, daß eine genauere Bestimmung der Bedeutung von „Regionalisierung“, gerade auch im Verhältnis zur „Globalisierung“, noch nicht erfolgt ist.<sup>4</sup>

## 2.2 Regionalisierung der Politik?

Die — oft ungeprüft — angenommene Regionalisierung der Ökonomie ist ein wesentlicher Grund für die gegenwärtige „Renaissance der Regionen“ in der Politik: „Seit man leibhaftige Regionen entdeckt hat, die nach dem Modell postfordistischer Wirtschaftsentwicklung eigenständiges Wirtschaftswachstum in Gang setzen konnten, wie das sogenannte Dritte Italien ... , wird die Bedeutung der Region für staatliches Handeln als völlig unterschätzt angesehen“ (FÜRST 1993, 17). Allerdings lassen sich auch unabhängig von dieser offenkundig zweifelhaften ökonomischen Begründung verschiedene Argumente für eine stärkere Regionalisierung von Politik und Verwaltungshandeln benennen (z. T. in Anlehnung an FÜRST 1993):

1. Anhand system- und organisationstheoretischer Überlegungen läßt sich begründen, daß die überkommenen Instrumente des zentralistischen Interventionsstaates angesichts der Komplexität des sozioökonomischen Strukturwandels immer wirkungsloser werden. Die Ausdifferenzierung der Gestaltungsbereiche verlangt nach flexiblen, dezentralen Steuerungsformen („Kontextsteuerung“, „Anleitung zur Selbststeuerung“ nach WILLKE 1989). Damit im engen Zusammenhang steht das Argument, daß die zentralen Instanzen wegen der Überforderung mit politischen Konflikten aus Eigeninteresse eine Verlagerung der Konfliktlösung „nach unten“ versuchten:

„Wenn die Regionen es schaffen, die staatlichen Akteure zu

entlasten, werden sie zunehmend dafür honoriert“ (FÜRST 1993, 27).

2. Die politisch-administrative Bewältigung des Strukturwandels verlangt die Berücksichtigung neuer Themen und Akteure (z. B. Ökologie, Kultur). Dafür bietet sich die regionale Ebene an, da sie in der Regel rechtlich nicht eindeutig verfaßt ist (keine gebietskörperschaftliche Qualität). Sie hat den „Vorzug, noch nicht zur Domäne einzelner Akteure zu gehören, infolge dessen relativ neutrale Foren zu (bieten), wo zumindest symbolisch ein Neuanfang gesellschaftlicher Problembearbeitung versucht werden kann“ (a.a.O., 25).

Dieses Argument ist für zentralistische Flächenstaaten unmittelbar evident. Aber auch im Umland großer Zentren wird der Versuch unternommen, neue Wege politischer Problembewältigung in Form von Konferenzen, Foren, Verbänden usw. zu versuchen — nicht zuletzt auch, um die Stadt-Umland-Kooperation zu beleben.

3. Die wachsende Sensibilität für ökologische Konfliktlagen läßt die ehemals radikal-ökologische Forderung nach einer „regionalen Kreislaufwirtschaft“ zum Beispiel im Ver- und Entsorgungsbereich immer attraktiver werden. Die Forderung nach der „Zurechenbarkeit von Produktionsfolgen“, vor allem aber die abnehmende Legitimierbarkeit von Deponierung, Verbrennung, Wasserentnahme usw. im Interesse anderer entfernter Regionen führt zur Regionalisierung von Ver- und Entsorgung. Da die staatliche Funktionsfähigkeit in diesem Bereich offenkundig abnimmt, entstehen zugleich neue regionale Märkte und Unternehmensstrukturen im Bereich der Ver- und Entsorgung.

Diese Argumente sprechen für eine wachsende Relevanz der regionalen Ebene für die Bewältigung des Strukturwandels und deshalb auch für deren Erforschung.

### 2.3 Regionalisierung der Kultur?

Eine spezifische Form der Renaissance des Regionalen zeigt sich in kultureller und sozialpsychologischer Hinsicht: Das Spektrum reicht von separatistischen Gruppen (politischer Regionalismus) bis zu Marketingstrategien (regionale Imagekampagnen). Allein eine Bilanzierung der umfangreichen Diskussionen und Studien zum „Regionalbewußtsein“ in der deutschsprachigen Geographie würde einen eigenen Beitrag erfordern.<sup>5</sup> Dieser müßte auch die zuletzt vom Institut für Wirtschaft und Gesellschaft so spektakulär behauptete Bedeutung regional differenzierter „Wirtschafts- und Arbeitskulturen“ für regionale Entwicklungen erörtern (vgl. IWG 1991). Diese Betonung regionalkultureller Differenzen steht allerdings in gewisser Spannung zur These einer kulturellen Vereinheitlichung insbesondere aufgrund von Einflüssen weltweit verflochtener Medien.

Unter dem Label einer „Kulturalisierung der Regionalforschung und Regionalpolitik“ wird inzwischen mehr als Regionalkultur und Regionalbewußtsein im klassischen Sinne verhandelt. So wird immer öfter (u. a. von HÄUSSER-

MANN/SIEBEL 1993, 220) das „regionale Milieu“ als „zentrale Kategorie zur Erklärung unterschiedlicher regionaler Entwicklungsprozesse“ gesehen:

„Das regionale Milieu umfaßt Akteure (Unternehmer, Politiker, Arbeitskräfte, Organisationen) sowie materielle und finanzielle Ressourcen — und als wichtigstes soziokulturelles Element . . . eine Kultur der Konkurrenz, Kooperation und Kommunikation, das heißt Kompetenzen im Sinne des Verfügens über produktionsrelevantes Wissen, Regeln der Interaktion und gegenseitiges Vertrauen der Akteure.“

Die theoretische und empirische Erforschung dieser Thematik hat gerade erst begonnen.

## 2.4 Regionalisierung in Europa?

Im Rahmen kultur- und regionalpolitischer Diskussionen etwa des Europarates oder regionalistischer Gruppen ist schon vor längerer Zeit das Schlagwort vom „Europa der Regionen“ in das Spiel gebracht worden. Mit der Einrichtung des europäischen Binnenmarktes und der angestrebten Umstrukturierung der EU wird diese Formel immer häufiger verwendet. Dieses geschieht oft mit der Konnotation, daß im künftigen Europa nicht Nationen oder einzelne Standorte, sondern Regionen „Träger des Wettbewerbs“ sein werden. Gerade mit diesem Argument wird auch die Regionalisierungspolitik in einzelnen westdeutschen Bundesländern häufig begründet.

Ich halte diese europapolitische Dimension in unserem Zusammenhang für vernachlässigbar: Zum einen werden die wichtigsten Aspekte in den Diskussionen zur Regionalisierung unter den Stichworten Ökonomie, Politik und Kultur erörtert. Zum anderen ist überhaupt nicht sichtbar, daß in der Bundesrepublik Deutschland durch den Bedeutungszuwachs der EU komplementäre Regionsbildungen induziert werden: Einerseits hat die EU bisher noch für jedes Förderprogramm (z. B. Ziel 2, Ziel 5b, RETEX, RENAVAL, INTERREG usw.) immer wieder neue „Programmregionen“ definiert. Andererseits haben die deutschen Bundesländer keinen Zweifel daran gelassen, daß sie sich selbst als „europäische Regionen“ verstehen und etwaige Kompetenzen in dieser Hinsicht beanspruchen. Von daher bringt meines Erachtens eine Erörterung des „Europa der Regionen“ für unser Thema keinen Erkenntnisgewinn.

## 3. Niedersachsen

Zunächst soll auf einige allgemeine Aspekte des Strukturwandels in Niedersachsen eingegangen werden (3.1), ehe einige Regionen mit ihren spezifischen Entwicklungen vorgestellt werden (3.2). Anschließend soll der aktuelle Stand der Regionalisierungspolitik der niedersächsischen Landesregierung referiert werden (3.3).

### 3.1 Niedersachsen im Strukturwandel

Niedersachsen ist während der Zeit seiner Entstehung nach dem 2. Weltkrieg ein vor allem agrarisch geprägtes Bundesland gewesen, das nur wenige städtische Zentren und einige, meist von je einem Wirtschaftszweig dominierte Industrie-Regionen an der Küste und vor allem im Südwesten und Südosten des Landes aufwies (vgl. BECHER 1986, 20). Bevorzugte Strategie der niedersächsischen Landespolitik zur Überwindung regionaler Strukturprobleme war seit der 2. Hälfte der 60er Jahre eine Politik der „nachholenden Industrialisierung“ (vgl. BECHER 1986, 74 ff.; sowie PROGROS 1967; TACKE 1982). Diese Form von Regionalpolitik mag zeitweise manche Probleme, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt, abgemildert haben. Insgesamt hat sie durch die auf diese Weise entstandenen Branchen- und Betriebstypenstrukturen die Abhängigkeit von der konjunkturellen und strukturellen Situation in anderen Regionen außerhalb des Landes Niedersachsen eher verstärkt.

Verschiedene Untersuchungen aus der jüngeren Vergangenheit nennen weitgehend übereinstimmend folgende, zusammenhängende Probleme und Defizite:<sup>6</sup>

- allgemeine Innovationsschwäche, die vor allem auf mangelnde Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten in der Industrie zurückzuführen ist;
- geringe Ausstattung mit produktionsorientierten Dienstleistungen;
- geringer Besatz mit zukunftsträchtigen Industriezweigen;
- große Bedeutung von subventionsabhängigen, das heißt von der Politik stark beeinflussten Wirtschaftszweigen;
- große Bedeutung von Produktionszweigen, deren Produkte einem intensiven internationalen Preiswettbewerb unterliegen.

Aussagen zur künftigen Entwicklung Niedersachsens müssen diese Strukturmerkmale berücksichtigen und zugleich versuchen, die Folgen der gegenwärtigen politischen Veränderungen, das heißt vor allem die EU-Integration und den Wandel in Osteuropa, einzuschätzen:

- In der Landwirtschaft, die in vielen Regionen des Landes immer noch eine überdurchschnittliche Bedeutung hat, werden bei einer Fortsetzung der bisherigen Agrarpolitik weiterhin zahllose Arbeitsplätze verlorengehen.
- Die für einzelne Regionen des Landes nach wie vor sehr wichtigen Wirtschaftszweige Stahlindustrie und Schiffbau sind im hohen Maße von weltwirtschaftlichen Entwicklungen und politischen Entscheidungen abhängig. Der stark geschrumpfte Bestand ist weiterhin gefährdet.
- Der politisch sinnvolle und notwendige Abbau des Militärs und der Rüstungswirtschaft wird an einzelnen Orten, gerade in strukturschwachen Regionen, zu erheblichen Arbeitsplatz- und Kaufkraftverlusten führen (vgl. GERSDORF 1992).
- Die Abhängigkeit der niedersächsischen Wirtschaft von der Automobilindustrie ist über lange Zeit zu wenig zur Kenntnis genommen worden. Nach Schätzungen werden mehr als ein Viertel des Industrieumsatzes in Niedersachsen allein vom VW-Konzern erbracht und sind zirka ein Fünftel aller Beschäftigten des Landes direkt oder indirekt von der Automobilproduktion abhängig!<sup>7</sup>

Abb. 1: Landkreise in Niedersachsen



- Vom Wegfall der innerdeutschen Grenze hat die Wirtschaftsentwicklung in Niedersachsen überdurchschnittlich profitiert, insbesondere in einigen ehemaligen Grenzregionen und in Teilräumen, in denen Konsumgüterindustrien eine sehr hohe Bedeutung haben. Diese Prozesse haben einige Jahre strukturell erwartbare problematische Entwicklungen in einzelnen Wirtschaftszweigen im positiven Sinne überlagert (vgl. z. B. JUNG 1992 37, 42 f.).
- Die Verkehrslage von Teilen Niedersachsens hat sich durch den Wandel im Osten zweifellos verbessert. Inwieweit das positive Effekte in den betroffenen Regionen hat, ist umstritten.
- Es ist festzustellen, daß sich, gemessen an der Entwicklung der Arbeitsmärkte, „die (relativen) Ungleichgewichte zwischen den Regionen verstärkt haben“ (a.a.O. 31).
- Eine weitere Folge der politischen Veränderungen wird ein Rückgang der regionsbezogenen Fördermittel sein, der sich in Niedersachsen überdurchschnittlich auswirken wird.

Diese Überlegungen zeigen, daß eine differenzierte Betrachtung der gegenwärtigen Situation und künftigen Entwicklung eigentlich nur auf regionaler Ebene möglich ist.

### 3.2 Die Regionen des Landes Niedersachsen (Beispiele)

Im folgenden sollen fünf niedersächsische Regionen kurz vorgestellt werden, deren Struktur, Entwicklungsdynamik und absehbare Zukunft höchst unterschiedlich sind bzw. sein werden. Damit soll das Spektrum der in Niedersachsen vorhandenen Entwicklungstypen weitgehend erfaßt werden. Eine adäquate, den einzelnen Regionen gerecht werdende Betrachtung ist im Rahmen dieses Beitrages nicht möglich. Die folgenden skizzenhaften Bemerkungen zu einigen Regionen sollen auch deutlich werden lassen, welche regionale Vielfalt es in Niedersachsen gibt (vgl. Abb. 1).

#### **Emsland**

Die Region Emsland<sup>8</sup> ist in vielfacher Hinsicht ein gutes Beispiel für die Regional- und Raumordnungspolitik in Niedersachsen. Diese nach dem Krieg als extrem strukturschwach eingestufte Region wurde durch die landwirtschaftlichen Erschließungs- und Intensivierungsmaßnahmen des Emsland-Programms, umfangreichen Infrastrukturausbau und Industrieansiedlungspolitik in geradezu klassischer Weise modernisiert und ökonomisch integriert. Das Resultat ist zweifellos eine „Angleichung der Lebensverhältnisse“ (mit allen Vor- und Nachteilen), die sich nicht zuletzt in einer deutlichen quantitativen Verbesserung der Arbeitsmarktsituation ausdrückt.<sup>9</sup>

Es ist nicht zu übersehen, daß diese Politik im wesentlichen im Einklang mit der regionalen Bevölkerung realisiert wurde, obgleich manche Maßnahmen und

Ansiedlungen etwa aus ökologischer Sicht höchst fragwürdig sind. Offenkundig ist die aus einer empfundenen Alternativlosigkeit resultierende Akzeptanz problematischer Großvorhaben ein eigener Standortfaktor (jüngere Beispiele sind: die Mercedes-Benz-Teststrecke in Papenburg und die Emsvertiefung). Von daher ist nicht auszuschließen, daß das Emsland als „Auffangraum“ (ACHE u. a. 1991, 144 ff.) für problematische Großprojekte auch im Rahmen einer veränderten Wirtschaftsweise eine (fragwürdige) Zukunft hat. Inzwischen wurde allerdings offenkundig die Bedeutung des Abbaus der wirtschaftlichen Dominanz von industriellen Zweigwerken, Landwirtschaft und Rohstoffgewinnung erkannt. Ansätze eines Perspektivenwechsels sind zumindest daran zu erkennen, daß es Bemühungen um die Gründung einer Fachhochschule in Lingen sowie neue Akzente in kultur-, fremdenverkehrs- und beschäftigungspolitischer Hinsicht im Emsland, insbesondere in Lingen und Papenburg, gibt.

### Südoldenburg

Politische Parallelen mit der Situation im Emsland finden sich in der Region Südoldenburger Münsterland.<sup>10</sup> Ohne eine grundlegende Akzeptanz der Bevölkerung wäre die Entwicklung einer teilweise extrem intensivierten Landwirtschaft gar nicht denkbar gewesen. In dieser Region, dem bedeutendsten Intensivagrargebiet der Bundesrepublik Deutschland, dominiert eine international verflochtene Agrarindustrie, die über Futtermittelfuhr und Produktabsatz unmittelbar in den Weltmarkt integriert ist. Die Gründe für diese außergewöhnlichen Strukturen sind vielfältig: Kleine landwirtschaftliche Betriebe auf ertragschwachen Böden und hoher „Bevölkerungsdruck“ förderten schon früh eine Überlebenssicherung durch eine intensive Viehhaltung; die Lage „auf halbem Wege“ zwischen Seehäfen (Futtermittelimport) und Absatzmärkten (z. B. Nordrhein-Westfalen) erleichterte die Integration in überregional verflochtene Agrarmärkte; die spezifische soziokulturelle Situation (katholisch geprägte „Insel“ im protestantischen Norddeutschland) brachte eventuell ein besonderes „Wirtschaftsklima“ hervor.<sup>11</sup>

Erwähnenswert ist eine bundesweit einmalige Konzentration von 21 Betrieben der kunststoffverarbeitenden Industrie mit zirka 3000 Beschäftigten im Raum Vechta-Lohne. Aus einer Korkeproduktion im 19. Jahrhundert ist über die Zwischenstufe der Herstellung von Kunststoffverschlüssen eine Agglomeration von kunststoffverarbeitenden Betrieben entstanden, die heute zum Beispiel Folien und Verpackungsmaterial herstellen sowie Zulieferer der Automobilindustrie sind (vgl. OLBERDING 1990).

Agrar- und Kunststoffindustrie haben einige gemeinsame Kennzeichen: ihre Produktionsweisen werden durch absehbare Verschärfungen der Umweltvorschriften immer wieder zu Anpassungen gezwungen sein. Beide sind extrem abhängig von weltweiten wirtschaftlichen Entwicklungen. Demgegenüber ist hervorzuheben, daß sie zu einer erstaunlich positiven Beschäftigungsentwicklung in der Region beigetragen haben und daß die Entscheidungszentren der Unternehmen in der Regel in der Region sind.

## Ostfriesland

In vielfacher Hinsicht finden sich in Ostfriesland<sup>12</sup> besonders deutliche Ausprägungen der negativen Strukturmerkmale der niedersächsischen Wirtschaft: Die überdurchschnittliche Bedeutung von gefährdeten Bereichen wie Landwirtschaft, Schiffbau, Militär; die Schließung zahlreicher Zweigwerke diverser Branchen in den letzten beiden Jahrzehnten; die extreme, durch die Ansiedlung von Zulieferbetrieben eher noch wachsende Dominanz des VW-Werkes in Emden (das allein die Hälfte aller Industriearbeitsplätze in Ostfriesland stellt). Hinzu kommt, daß die bisher regional besonders umfangreich vorhandenen Fördermittel (regionale Wirtschaftsförderung, Arbeitsmarktpolitik usw.) von einer erheblichen Reduzierung betroffen sein werden.<sup>13</sup>

In außergewöhnlicher Weise spitzen sich diese Probleme im Raum Wilhelmshaven/Friesland zu. Hier wird das Fehlschlagen der nachholenden Industrialisierung und die prekäre Sicherheit politisch abhängiger Arbeitsplätze (Marine) besonders deutlich sichtbar. Für die nahe Zukunft wird daher mit Arbeitslosenquoten von 20 bis 25 Prozent gerechnet (vgl. HUEBNER u. a. 1992, 42).

Angesichts dieser Situation muß es erstaunen, daß in Ostfriesland immer noch vielerorts auf die Verbesserung der Verkehrsanbindungen als Grundlage neuer Industrieansiedlungen gesetzt wird. Außerdem gelten große Hoffnungen von fast allen Seiten dem Fremdenverkehr als der wohl zukunftsträchtigsten Branche in der Region. Nicht nur im Hinblick auf den Fremdenverkehr wird dabei immer wieder die traditionsreiche Regionalkultur Ostfrieslands als Faktor der Regionalentwicklung in das Spiel gebracht. Es dürfte in der Tat in Norddeutschland, vielleicht in der gesamten Bundesrepublik Deutschland, keine Region geben, in der mit ähnlich langer Tradition und in vergleichbar großem Umfang Regionalkultur organisiert und gefördert wird.<sup>14</sup>

Am Beispiel Ostfrieslands läßt sich meines Erachtens recht gut zeigen, daß trotz ökonomischer Strukturschwäche eine Region für die Bevölkerung hohe Attraktivität haben kann. Verschiedene Studien haben sich in der letzten Zeit mit der schon sprichwörtlichen „ostfriesischen Mentalität“, der hohen Zufriedenheit mit den Lebensbedingungen, den Arbeitsmöglichkeiten in der informellen Ökonomie und der Bereitschaft zum teilweise extremen Fernpendeln beschäftigt.<sup>15</sup> So kann es kaum überraschen, daß gerade für diese Region Entwicklungsstrategien diskutiert werden, die Fehler einer nachholenden Industrialisierung und einer „Re-Industrialisierung“ vermeiden wollen und auf neue Formen der Vernetzung vielfältiger regionaler Potentiale setzen. In diesem Rahmen gewinnen gerade „weiche“ Standortfaktoren und qualitative Ziele der Regionalentwicklung besondere Bedeutung (vgl. HUEBNER u. a. 1992; KRÜGER 1993).

## Großraum Hannover

Am — im Vergleich zu Ostfriesland — anderen Ende eines fiktiven Spektrums niedersächsischer Regionen wäre der Großraum Hannover anzusiedeln.<sup>16</sup> An diesem Beispiel läßt sich vor allem zeigen, wie sich das Meinungsbild über eine Region durch die Veränderungen in der jüngeren Vergangenheit erheblich ge-

wandelt hat. Bis vor kurzem noch galt Hannover als Beispiel einer „schrumpfenden Großstadt“. Die Industriestruktur ist zum einen von Großbetrieben, zum anderen von einer überdurchschnittlichen direkten und indirekten Abhängigkeit vom Automobilbau (zirka 1/4 der Gesamtbeschäftigung) geprägt. Die Anfälligkeit für Konjunktur- und Strukturkrisen kann durch den Dienstleistungssektor nicht kompensiert werden, da hier ebenfalls rationalisierungsgefährdete Branchen vorherrschen und hochwertige produktionsorientierte Dienstleistungen unterdurchschnittlich vertreten sind. Die regionale Wirtschaftsstruktur gilt darüber hinaus als „gering integriert“ (vgl. KILPER/REHFELD 1991, 6).

Die demzufolge düster ausfallenden Prognosen haben durch die Diskussion um die Weltausstellung „Expo 2000“ und durch den Wandel im Osten neue Akzente erhalten.<sup>17</sup> Hannover gilt auf einmal als wachsende Metropole in europazentraler Lage. „Überschwapp-Effekte“ aus dem Großraum Berlin werden erwartet und die Ansiedlung internationaler Firmenvertretungen erhofft, die von hier aus den Osten „erobern“ sollen. Der Stimmungsumschwung hat dazu geführt, daß selbst in größerer Entfernung zu Hannover gelegene Städte und Regionen Verbindungen zu der Stadt herstellen wollen, um vom dort erwarteten Boom zu profitieren.

Hier soll nicht erörtert werden, ob diese Spekulationen eine empirische Basis haben. Es soll aber auf die Gefahr hingewiesen werden, daß die Sensibilität für weiterhin existierende strukturelle Probleme verlorenght und daß sich das politische Interesse in der Region und auf Landesebene auf die Bindung exogener Ressourcen an Hannover konzentriert. Durch diese Metropolen-Euphorie geht das Interesse an anderen, nicht allein auf Weltausstellung und Verkehrslage setzenden regionalpolitischen Strategien zurück.

### Südostniedersachsen/Braunschweig

Der südostniedersächsische Raum um Braunschweig soll noch erwähnt werden, weil er ebenfalls in gewisser Hinsicht „einzigartig“ in Niedersachsen ist.<sup>18</sup> Zwar finden sich auch hier die typischen Strukturprobleme des Landes: Große Bedeutung der strukturell gefährdeten Stahl- und Automobilindustrie; Schließung zahlreicher Zweigwerke insbesondere in den 70er Jahren aufgrund von Veränderungen der internationalen Arbeitsteilung; bisherige Grenzlage, die zu einer belastungsreichen Durchgangslage werden könnte.

Demgegenüber unterscheidet sich der Raum von anderen niedersächsischen Regionen durch eine auffallende Dichte von Forschungseinrichtungen mit sogenannter wirtschaftsnaher Ausrichtung. Im engen Zusammenhang damit steht das Bemühen um die Ansiedlung von Betrieben aus den Bereichen der Mikroelektronik und Biotechnologie. So gab es in den 80er Jahren auch Ansiedlungen von Werken verschiedener internationaler Konzerne. Diese Erfolge relativieren sich, wenn man die hohen öffentlichen Vorleistungen und zwischenzeitlich erfolgten Schließungen berücksichtigt. Noch wichtiger aber ist die Beobachtung, daß es sich überwiegend um Fertigungsbetriebe handelt, die keinesfalls die Voraussetzung für eine selbsttragende Entwicklungsdynamik oder gar für die Entstehung eines regionalen Industriebezirkes bieten. Ob der gerade in diesem

Raum deutlich bemerkbare „Vereinigungsboom“ nach der Öffnung der Grenzen zur DDR langfristig positive Effekte haben wird, muß gegenwärtig noch dahingestellt bleiben.

### 3.3 Regionalisierungspolitik in Niedersachsen

Im folgenden sollen die gegenwärtigen regionalpolitischen Initiativen der niedersächsischen Landesregierung vor dem Hintergrund der gerade dargestellten Entwicklungsprobleme des Landes und seiner Regionen betrachtet und diskutiert werden. Nachdem über zehn Jahre lang in Niedersachsen nur wenige Anstöße im Bereich der Regional- und Planungspolitik zu verzeichnen waren, wurde in der Programmatik der neuen Landesregierung (seit 1990) die Regionalisierung der Politik besonders betont. Dementsprechend wurden im Jahr 1991 zwei Initiativen „auf den Weg gebracht“: die Regionalisierung der Wirtschaftsstrukturpolitik (3.3.1) und die Regionalisierung der Raumordnungspolitik (3.3.2).

#### 3.3.1 Regionalisierung der Wirtschaftsstrukturpolitik

Die Regionalisierung der Wirtschaftsstrukturpolitik, die unter der Verantwortung des niedersächsischen Wirtschaftsministeriums vorangetrieben wird, folgt eindeutig der Vorstellung, daß die Internationalisierung der Wirtschaft und vor allem die europäische Integration die regionale Ebene bedeutender werden ließen:<sup>19</sup>

„Unser Land Niedersachsen ist hierbei die politische Einheit in diesem Wettbewerb. Die Träger des Wettbewerbs sind jedoch die Regionen. Es ist daher eine vordringliche Aufgabe der Politik in Niedersachsen, die Bildung von Regionen zu begünstigen, die im europäischen Rahmen auf ihre Art wettbewerbsfähig sind“ (FISCHER 1991, 4 f.).

Zu diesem Zwecke sollen sich in den vom Wirtschaftsministerium nicht weiter definierten Regionen des Landes, die „verantwortlichen Akteure“ aus Verwaltung, Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft, Umweltverbänden usw. nach den Prinzipien der Freiwilligkeit und Selbstorganisation zusammenfinden. Dadurch sollen „Kommunikation“ und „Kompromißfähigkeit“ in den Regionen verbessert werden, um Entscheidungen zu beschleunigen und auf eine breitere Akzeptanzbasis zu stellen (a.a.O., 11 ff.). Die möglichen Themenfelder sind recht breit gefächert: Sie reichen von der Strukturpolitik über die Verkehrspolitik bis zum Tourismus und zur Kultur (a.a.O., 14 ff.).

Der Stand der Kooperationsbemühungen ist in den einzelnen Regionen sehr unterschiedlich: in Südniedersachsen (Region um Göttingen) hat sich im August 1991 ein Regionalverband als Verein gegründet, dem Gebietskörperschaften und weitere Institutionen angehören. Auf der ostfriesischen Halbinsel wurde im Dezember 1991 die „Regionale Strukturkonferenz Ost-Friesland“ gegründet. Ihr

gehören Vertreterinnen und Vertreter der Landkreise und kreisfreien Städte sowie von Wirtschaftskammern, Gewerkschaften, Umweltverbänden, Hochschulen und Landschaften an. Neben einem zentralen Koordinierungsausschuß gibt es über zehn Gruppen für diverse Themenfelder. Auch im Raum Hannover, im Raum Lüneburg-Celle und im Oldenburger Land, hier aber zum Beispiel fast ausschließlich auf kommunale Beteiligung beschränkt, haben sich Regionalkonferenzen gebildet, deren Formalisierungsgrad und künftige Entwicklung gegenwärtig noch sehr undeutlich sind. Ein Problem entsteht dadurch, daß sich einzelne Gebietskörperschaften (z. B. Landkreis Friesland, Stadt Wilhelmshaven) zwei Regionen zuordnen, was die Effizienz der Arbeit vermutlich nicht gerade steigert.

Die Einschätzung dieses strukturpolitischen Regionalisierungsansatzes muß eher kritisch ausfallen. Zunächst wirkt überraschend, daß die Landesregierung außergewöhnlich stark die Freiwilligkeit der regionalen Kooperation betont und, trotz der Bedeutung des Anliegens, „die regionalen Akteure nicht unter Zeitdruck setzt“ (KRAFT/ULRICH 1993, 33). Eine Folge davon ist die heterogene Situation bei den Organisationsformen, die sich bisher im Verlaufe der Regionalisierung herausgebildet haben. Dahinter steht wohl die Absicht, die starke Stellung der Landkreise und kreisfreien Städte in Niedersachsen möglichst wenig durch Eingriffe „von oben“ und das Entstehen einer neuen regionalen Handlungsebene zu tangieren. Darüber hinaus bleibt die konkrete Aufgabenstellung der Regionalkonferenzen etwas unklar. Zumindest steht im Mittelpunkt ihrer Tätigkeit nicht etwa die Aufstellung regionaler Entwicklungskonzepte (a.a.O., 35 f.), wie es aus strukturpolitischer Sicht eigentlich wünschenswert wäre. Daher besteht die Praxis vor allem darin, in sektoralen Arbeitsgemeinschaften „Wunschlisten“ für regional bedeutsame Projekte, Gutachten usw. zusammenzustellen.

Das wohl entscheidende Problem liegt darin, daß die Landesregierung bisher offengelassen hat, wie mit Ergebnissen und Vorschlägen der Regionalkonferenzen umgegangen werden soll. Naheliegender wäre, daß — ähnlich wie bei der Regionalisierung der Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen, die in mancher Hinsicht Vorbildfunktion für Niedersachsen gehabt haben dürfte<sup>20</sup> — „das Land 'enabling conditions' schafft, unter denen die Regionen handlungsfähig werden können“ (FÜRST 1993, 27). Dazu müßte vor allem eine bevorzugte finanzielle Förderung der Vorhaben gehören, die „im regionalen Konsens“ beschlossen wurden (vgl. KRUMBEIN 1993; LAG 1992, 18). Genau das ist aber zur Zeit nicht die Absicht der Landesregierung (vgl. MW 1993, 3), was inzwischen zweifellos zu einer gewissen Demotivierung regionaler Akteure beigetragen hat.

Die relative Zurückhaltung der Landesregierung ist aber auch in einer weiteren Hinsicht fatal: Gerade wenn Eigenverantwortlichkeit und Wettbewerb der Regionen betont werden, muß ein Mechanismus zur Realisierung ausgleichspolitischer Ziele auf Landesebene erhalten bleiben. Ohne einen zentralen (finanziellen) Ausgleich entsteht die Gefahr, daß die Regionalisierung nur zur Dezentralisierung einer gesamtwirtschaftlichen Wachstumspolitik genutzt wird, was gerade für strukturell benachteiligte Regionen negative Folgen haben dürfte (vgl. HARDT 1991).<sup>21</sup>

### 3.3.2 Regionalisierung der Raumordnungspolitik

Bei der Regionalisierung der Raumordnungspolitik geht es darum, die gegenwärtige Bedeutungslosigkeit der Regionalplanung in Niedersachsen zu überwinden. Diese ist weitgehend darin begründet, daß in einer bundesweit einmaligen und überhaupt nicht sachgerechten Regelung die Landkreise für die Regionalplanung in Niedersachsen verantwortlich sind.<sup>22</sup> Der für die Raumordnung zuständige Innenminister hat daher 1991 — im Rahmen einer allgemeinen Bedeutungsstärkung der Raumordnung — eine Initiative zur Regionalisierung ergriffen, da die „Regionalebene eine zentrale Rolle als Planungs- und Politikebene“ habe (GLOGOWSKI 1991, 5). Daher sollten für größere Planungsräume „regionale Zusammenschlüsse“ etwa in der Form von Regionalverbänden geschaffen werden, die in kommunaler Trägerschaft Regionalpläne erarbeiten, aber auch Raumordnungsverfahren und Umweltverträglichkeitsprüfungen durchführen sowie gegebenenfalls andere Aufgabenfelder bearbeiten sollten (a.a.O. 6, 9; vgl. KAPPERT 1991; FÜRST 1991). Diesen Elementen des Ansatzes wurde in der fachlichen Diskussion eine maßgebliche Bedeutung zugesprochen:

„Die längerfristige Tragfähigkeit des niedersächsischen Regionalisierungskonzepts wird entscheidend davon abhängen, ob es gelingt, über die wirtschafts- und strukturpolitischen Aufgabenstellungen hinaus langfristig auch die Regionalplanung Kreisgrenzen übergreifend in den kooperativen Aufgabenbestand der Regionen zu integrieren“ (LAG 1992, 18).

In diesem Sinne sollten zirka sieben Regionalplanungsregionen gebildet werden, von denen die Großräume Hannover und Braunschweig gesetzlich definiert wurden, während sich die anderen Regionen anhand vorgeschlagener „regionaler Kooperationsräume“ zusammenfinden sollten (vgl. Abb. 2). Der zum Teil heftig diskutierte Entwurf für ein neues Landesraumordnungsprogramm (LROP-E 1992) zeigt aber recht deutlich, daß Programm und Praxis der Regionalisierung der Raumordnungspolitik kaum in Einklang zu bringen sind.<sup>23</sup>

Im Entwurf wird der Regionalebene „eine zentrale Rolle“ im Rahmen einer zukunftsorientierten Entwicklungs- und Strukturpolitik „zugesprochen“ (a.a.O., B. 2.03): Es sollen daher die „raumwirksamen Planungen und Maßnahmen zur Entwicklung des Landes fachpolitik-übergreifend auf Regionen ausgerichtet werden“ (a.a.O., B. 2.01). Zudem sollen in den Regionen durch intensivere regionale Kooperation die Voraussetzungen für eine differenzierte Strukturpolitik geschaffen werden, um Wettbewerbsfähigkeit, Lebens- und Umweltqualität der Regionen zu verbessern (a.a.O., C. 1.2.01). Dabei sollen die „regionalen gesellschaftlichen Kräfte“ zusammenwirken (a.a.O., C. 1.2.03). In den regionalen Kooperationsräumen sollen „neue Formen von Gemeinde- und Kreisgrenzen übergreifender Zusammenarbeit“ geschaffen werden (a.a.O., Begründung zu B. 2). In diesem Rahmen sollen im Sinne „einer ganzheitlichen Sicht“ „Stärken- und Schwächenanalysen und regionale Entwicklungskonzepte erarbeitet werden“ (a.a.O., Erläuterungen zu C. 1.2 und C. 3.1).

Der Entwurf vermeidet offenkundig jede genauere organisatorische Festlegung oder Definition von Kompetenz- und Ressourcenverlagerungen. Die (bedauerliche) Rücknahme des Gestaltungsanspruchs im Vergleich zu dem Vorha-

Abb. 2: Regionale Kooperationsräume in Niedersachsen



ben von 1991 zeigt sich auch darin, daß zur Zeit in ministeriellen Verlautbarungen unentwegt die „Freiwilligkeit“ des Prozesses betont wird (vgl. z. B. GLOGOWSKI 1993). Ein Grund dafür ist sicher, daß die Initiativen des Innenministeriums bisher auf vielfältigen Widerstand gestoßen sind. Dieser richtet sich zum einen gegen die vorgeschlagenen Regionsabgrenzungen. Zum anderen ist von einem „Alptraum der Kreisfürsten“ gesprochen worden (Hannoversche Allgemeine Zeitung v. 19. 8. 91, 14), da etwa entstehende Regionalverbände perspektivisch die Macht der Landkreise tangieren und sie auf ernsthafte regionale Kooperation verpflichten würden. Angesichts dieser überaus konfliktreichen Situation ist es zum gegenwärtigen Zeitpunkt eher fraglich, ob die Regionalisierung der Raumordnung in absehbarer Zeit durchgeführt werden kann.<sup>24</sup> Damit bleibt weiterhin offen, wie die stellenweise fast desolante Situation der Regionalplanung (im Hinblick auf Ressourcen, politische Stellung und Durchsetzungsfähigkeit etc.) verbessert werden könnte.

Es sei allerdings noch hervorgehoben, daß im Rahmen der Wiederbelebung der niedersächsischen Raumordnungspolitik besonderes Engagement den vormalig unzureichend beachteten niedersächsischen Verflechtungsräumen um die

Oberzentren Bremen und Hamburg gilt. Diese Regionen bilden gegenwärtig vielleicht die „Spitze“ des Regionalisierungsprozesses, da hier Ländergrenzen übergreifende Regionale Entwicklungskonzepte für die „Metropolregion Hamburg“ und den Raum Bremen — Bremerhaven — Oldenburg erstellt werden sollen. Dabei werden zum Teil neue Verfahren einer diskursiven Planung erprobt (vgl. PRIEBES 1992).

### 3.3.3 Zwischenfazit

Bilanziert man die bisherigen Bemühungen der Landesregierung zur Regionalisierung, so ist zunächst festzustellen, daß ein umfassendes Konzept fehlt, vielmehr die beiden dargestellten Initiativen bisher wenig abgestimmt sind. Außerdem wird im Rahmen einer bevorstehenden stärkeren Dezentralisierung der Arbeitsverwaltung gerade in Niedersachsen besonders engagiert ein Konzept für eine regionalisierte Arbeitsmarktstrukturpolitik erarbeitet, was bisher allerdings ohne Abstimmung mit den beiden anderen Initiativen geschah.<sup>25</sup> Die Landesregierung war bisher nicht in der Lage, ein überzeugendes Konzept für die Bewältigung der dargestellten, regional sehr differenzierten Problemlagen vorzulegen. Dieses ist bedauerlich, da eine Regionalisierung der Politik gerade in Niedersachsen aus verschiedenen Gründen geboten ist:

- aus dem schlichten, letztlich am Anfang aller Regionalplanung stehenden Grund einer besseren Abstimmung der Entwicklungen zwischen Kernstädten und Umland, die gegenwärtig in Niedersachsen vielfach kaum gewährleistet ist;
- zur Überwindung der Handlungsbeschränkungen infolge der außergewöhnlich starken Stellung der Landkreise, deren Ausstattung, Flexibilität und Gestaltungskraft in aller Regel nicht den planungspolitischen Anforderungen des gegenwärtigen Strukturwandels entspricht;
- wegen der außergewöhnlichen Vielfalt regionaler Strukturen und Entwicklungen im „Flächenland Niedersachsen“ (von der Fläche her das zweitgrößte Bundesland);
- und nicht zuletzt wegen der Möglichkeit, über die bisher kaum „verfaßte“ regionale Ebene neue Wege der Bewältigung des Strukturwandels unter Einbeziehung neuer Interessen und Akteure gehen zu können.

Gegenwärtig besteht aber wohl eher die Gefahr, daß die Regionalisierung im Kompetenzgerangel des politischen Alltags, durch mangelnde Eindeutigkeit der Landespolitik und durch den Spott der Medien über immer neue Regionsbildungen und Regionalisierungsversuche den Schwung verliert. Dabei wäre es dringend notwendig, nicht nur die Regionalisierungspolitik konsequent fortzusetzen, sondern auch den Zusammenhang von zentralen, landespolitisch gesetzten Impulsen zur Bewältigung des Strukturwandels und dezentralen regionsspezifischen Leitbildern zu reflektieren. Eine intelligent komponierte Politik in diesem Sinne wäre wohl der geeignete Weg, zu einer wesentlich von ökologischen, sozialen und kulturellen Kriterien geprägten Regulationsweise beizutragen.

#### 4. Zur Aktualität geographischer Regionalforschung

Aus den bisherigen Darlegungen kristallisieren sich drei Motive heraus, die für eine besondere Beachtung der regionalen Ebene in der Politik, in der Planung und in der Wissenschaft in Niedersachsen sprechen:

1. Die bemerkenswerte, aber außerhalb des Landes wahrscheinlich wenig Interesse hervorrufende Tatsache eines mangelhaften Zustandes der räumlichen Planung auf mittlerer Ebene: Insbesondere die integrative Planung für die engeren Verflechtungsbereiche der Oberzentren ist (mit Ausnahme des Großraumes Hannover) über Jahrzehnte vernachlässigt worden und bedarf dringend einer Verbesserung, wenn der andernorts übliche Standard der Planung erreicht werden oder gar innovative Planungskonzepte (z. B. „regionale Städtetze“) realisiert werden sollen.
2. Die Vielfalt regionaler Entwicklungsmuster, die sich längst nicht mehr mit der klassischen Polarität von „Verdichtungsräume versus ländliche Räume“ erfassen läßt: Vielleicht war diese schematische raumordnerische Betrachtung auch früher schon in Niedersachsen wenig angemessen; angesichts der Ausdifferenzierungen in Ökonomie, Kultur usw. ist sie vollkommen obsolet. Gerade diese Vielfalt verlangt regionalwissenschaftliche und regionalpolitische Vorgehensweisen, die der Spezifik regionaler Entwicklungsmuster gerecht werden. Die Strukturen vieler niedersächsischer Regionen legen es dabei nahe, besondere Aufmerksamkeit dem Zusammenhang von Stadt und Land zu widmen. Dieses gilt um so mehr, als das gerade der Verbund von mittelgroßen Zentren und ländlich geprägten Räumen besonders entwicklungsfähige und lebenswerte Konstellationen in der entstehenden („postfordistischen“) Wirtschafts- und Gesellschaftsformation zu ermöglichen scheint.<sup>26</sup>
3. Die Eignung der regionalen Ebene für die konstruktive Bewältigung des sozioökonomischen Strukturwandels, den man am adäquatesten wohl als Umbruch vom „Fordismus“ zum „Postfordismus“ interpretieren kann: Auch wenn die Frage eines Bedeutungszuwachses der regionalen Ebene angesichts des gegenwärtigen Strukturwandels etwa aus ökonomischen und kulturellen Perspektiven nicht eindeutig beantwortet werden kann, wird sie doch für die planerische und politische „Problembearbeitung immer wichtiger. Denn alle Entwicklungslinien verweisen darauf, daß die modernen ausdifferenzierten Gesellschaften ihren notwendigen ökologischen und ökonomischen Strukturwandel nur hinbekommen, wenn sie ihn ganzheitlich anlegen“ (FÜRST 1993, 24), was gegenwärtig zumindest auf zentralstaatlicher Ebene offensichtlich nicht mehr zu gewährleisten ist. Wenn man diese Überlegungen um Argumente für die Ökologisierung der Wirtschaft durch „Engführung von Stoffkreisläufen“ im Sinne einer „nachhaltigen Regionalentwicklung“ ergänzt (vgl. z. B. HESSE/LUCAS 1991), wird die besondere Relevanz der regionalen Ebene für die politische Gestaltung der Zukunft deutlich.

Selbstverständlich gelten größere Teile dieser Überlegungen auch unabhängig von der niedersächsischen Situation. Es dürfte allerdings hinreichend deutlich

geworden sein, daß hier im Hinblick auf die wissenschaftliche Relevanz der regionalen Ebene nicht Argumente für eine ideographische Regionalkunde gesammelt wurden, sondern für eine theoriegeleitete komparative geographische Regionalforschung.<sup>27</sup> Da globale wirtschaftliche, politische und sozialkulturelle Tendenzen mehr denn je immanenter Bestandteil regionaler Entwicklungsprozesse und der Handlungsmuster regionaler Akteure sind, gehören diese dabei implizit zum Gegenstandsbereich einer zeitgemäßen Regionalforschung.

## Anmerkungen

- 1 Zudem soll auf diese Weise der oft mit dem Begriff „Region“ verbundene Eindruck vermieden werden, daß es sich dabei um politisch handlungsfähige, homogene Einheiten handle.
- 2 Vgl. zur Erläuterung des Regulationsansatzes, seiner Grundbegriffe und seiner geographischen Rezeption: HITZ u. a. 1992; DANIELZYK/OSSENBRÜGGE 1993.
- 3 Vgl. dazu z. B. BERTRAM/SCHAMP 1989; LOMPE u. a. 1991.
- 4 Eine sehr anregende Formulierung für diese Thematik findet sich bei AMIN/THRIFT 1992, die die Funktionalität regionaler „Knotenbildungen“ für „globale ökonomische Netzwerke“ herausstellen.
- 5 Vgl. statt vieler DANIELZYK/KRÜGER 1990; WEICHHART 1990; POHL 1993.
- 6 Vgl. BECHER 1986; BLÖCKER/REHFELD 1990; IFO 1991; JUNG 1989, 1992.
- 7 Vgl. Ostfriesen-Zeitung Nr. 256 vom 2. 11. 91, 16; sowie BLÖCKER/REHFELD 1990, 28.
- 8 Hier wird darunter das Gebiet des gleichnamigen Landkreises verstanden. Die stärksten wirtschaftlichen Verflechtungen bestehen mit dem Osnabrücker Raum („Region OBE“ mit Stadt und Landkreis Osnabrück, Landkreis Grafschaft Bentheim und dem Landkreis Emsland), im Süden des Emslandes aber auch mit Nordrhein-Westfalen und im Norden des Emslandes auch Richtung ostfriesischer Küste. — Die Abgrenzung der hier vorgestellten Regionen soll nicht diskutiert werden.
- 9 Vgl. DANIELZYK/WIEGANDT 1986, 1987; HAVERKAMP 1991; MAYR/TEMLITZ 1991.
- 10 Darunter wird hier das Gebiet der Landkreise Cloppenburg und Vechta verstanden; die Region wird in Niedersachsen dem Gebiet der Gemeinsamen Landesplanung Bremen—Niedersachsen zugerechnet, obgleich es auch starke Verflechtungen in südlicher Richtung (Osnabrück, Münster) gibt.
- 11 Vgl. MAYR/TEMLITZ 1991; WINDHORST 1986.
- 12 Unter „Ostfriesland“ wird hier — über die traditionelle Abgrenzung hinaus — die gesamte ostfriesische Halbinsel (kreisfreie Städte Wilhelmshaven und Emden sowie Landkreise Aurich, Friesland, Leer, Wittmund), die auch der Zuständigkeitsbereich der „Regionalen Strukturkonferenz Ost-Friesland“ ist, verstanden.
- 13 Vgl. DANIELZYK/KRÜGER 1990, 49 ff.; KRÖMER 1991.
- 14 Vgl. RIZZARDO 1988; Kulturpolitische Gesellschaft 1992.
- 15 Vgl. DANIELZYK/KRÜGER 1993; IWG 1989; MEISSNER 1986.
- 16 Zum Großraum gehören Stadt- und Landkreis Hannover; zur Situation und Entwicklung vgl. z. B. HÄBERLE 1990; KANDEL 1990; KILPER/REHFELD 1991, 14; BRÄUER/LUCAS 1992.
- 17 Vgl. BRANDT u. a. 1991; BRÄUER/LUCAS 1992; MAYER 1993.
- 18 Dazu werden hier gezählt: kreisfreie Städte Braunschweig, Salzgitter, Wolfsburg und die Landkreise Gifhorn, Goslar, Helmstedt, Peine, Wolfenbüttel. Vgl. ACHE u. a. 1991; REHFELD 1990; VEHLING 1990.
- 19 Vgl. zum Diskussionsstand allgemein: MW 1993; NIW 1991.
- 20 Zur nordrhein-westfälischen Regionalisierungspolitik und ihrer Beurteilung vgl. statt vieler BLOTEVOGEL 1993; DANIELZYK 1992; ILS 1992; zum Vergleich der Ansätze in NRW und Niedersachsen vgl. z. B. KRAFFT/ULRICH 1992.
- 21 Gegenwärtig gewinnt man allerdings den Eindruck, daß die Regionalisierung der Wirtschaftsstrukturpolitik nachrangig gegenüber einer sektoralen Industriepolitik geworden ist, deren Ziel die „Rettung des Standortes Niedersachsen“, insbesondere für die Automobilproduktion, ist. KRUMBEIN (1993) weist allerdings zurecht daraufhin, daß die Umsetzung dieses Konzeptes in einem „Flächenland“ wie Niedersachsen „auf eine handlungsfähige regionale Ebene angewiesen“ ist.
- 22 Damit sind Städte wie Emden (50 700 Einwohner) oder Landkreise wie Wittmund (52 800 Einwohner) Träger der Regionalplanung! Zur Kritik vgl. z. B. DANIELZYK/WIEGANDT 1986.
- 23 Nur am Rande sei erwähnt, daß der Entwurf des LROP insgesamt recht widersprüchlich wirkt. Er bekennt sich einerseits nach wie vor zur Herstellung „gleichwertiger Lebensverhältnisse“

(LROP-E 1992, A 1), zu einem relativen Vorrang von Umweltbelangen in Abwägungsprozessen (a.a.O., A 2.0) und zur entwicklungsorientierten Planung. Andererseits läßt er eine integrative Sicht der Landesentwicklung ebenso wie eine raumwirtschaftliche Analyse vermissen und greift zum Teil auf planerische Konzeptionen zurück, die an die Raumordnung der 50er Jahre erinnern (z. B. Aufteilung des Landes in die dichotomen Kategorien ländlicher Raum und Ordnungsraum; a.a.O., B.3, B.4). — Inzwischen wurde das LROP (Teil I) mit geringen Veränderungen verabschiedet (vgl. LROP 1994).

- 24 KRUMBEIN (1993) rechnet daher „in den nächsten Jahren nicht mehr mit einem Beginn des Aufbaus zeitgemäßer Formen der Regionalplanung“.
- 25 Davon erwartet KRUMBEIN (1993) zum einen weitere Komplikationen, zum anderen aber auch einen neuen Schub für die Regionalisierung, da hier ein „deutlich höherer Problem- und Handlungsdruck“ bestehe. — Vgl. inzwischen auch: Kabinettsvorlage 1993.
- 26 „Mit der Flexibilisierung scheint sich die Beziehung von Stadt und Land neuerlich zu wandeln. ... Die persistenten traditionellen Strukturen können in nachmoderne Verhaltensweisen transformiert werden oder ergänzen sich direkt. Die Region, die Stadt und Land umschließt, ist vielleicht die zukünftige Raumeinheit der flexiblen Regulation“ (IPSEN 1991, 155).
- 27 DANIELZYK/OSSENBRÜGGE (1993) entwickeln auf dem Hintergrund des Regulationsansatzes eine Perspektive für eine geographische Regionalforschung dieser Art.

## Literatur

- ACHE, P., H. J. BREMM u. K. R. KUNZMANN 1991: Auswirkungen des europäischen Binnenmarktes auf die Raum- und Siedlungsstruktur in Westdeutschland. Bonn (= Schriftenreihe „Forschung“ des BMBau, Heft 488).
- AMIN, P. u. N. THRIFT 1992: Neo-Marshallian Nodes in Global Networks. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 16, S. 571—587.
- BECHER, G. 1986: Das Gefälle. Internationale Arbeitsteilung und die Ziele der Regionalpolitik. Braunschweig.
- BERTRAM, H. u. E. W. SCHAMP 1989: Räumliche Wirkungen neuer Produktionskonzepte in der Automobilindustrie. In: *Geographische Rundschau* 41, S. 284—290.
- BLÖCKER, A. u. D. REHFELD 1990: Rüben, Schweine, Autos — sonst noch was? Wie sich die Wirtschaft entwickelte. In: DÜVEL, H. u. a. (Hrsg.): *Zügellos! Für eine bessere Zukunft in Niedersachsen*. Göttingen, S. 28—41.
- BLOTEVOGEL, H. H. 1993: Neue Ansätze regionaler Entwicklungspolitik in Nordrhein-Westfalen. (Ms.) Duisburg.
- BRANDT, A., JÜTTNER, W. u. S. WEIL (Hrsg.) 1991: *Das Expo-Projekt. Weltausstellung und Stadtzukunft*. Hannover.
- BRÄUER, R. u. R. LUCAS 1992: Regional- und strukturpolitische Bewertung der EXPO 2000. Expertise im Auftrag der Arbeitsgruppe Anwaltsplanung. Berlin (= Schriftenreihe des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung 50/92).
- DANIELZYK, R. 1992: Gibt es im Ruhrgebiet eine „postfordistische Regionalpolitik“? In: *Geographische Zeitschrift* 80, S. 84—105.
- DANIELZYK, R. u. R. KRÜGER 1990: Ostfriesland: Regionalbewußtsein und Lebensformen. Oldenburg (= Wahrnehmungsgeographische Studien zur Regionalentwicklung Heft 9).
- DANIELZYK, R. u. R. KRÜGER 1993: Ostfriesland: Alltag, Bewußtseinsformen und Regionalpolitik in einem strukturschwachen Raum. In: *Berichte zur deutschen Landeskunde* 67, S. 115—138.
- DANIELZYK, R. u. J. OSSENBRÜGGE 1993: Perspektiven geographischer Regionalforschung. „Locality Studies“ und regulationstheoretische Ansätze. In: *Geographische Rundschau* 45, S. 210—216.
- DANIELZYK, R. u. C.-Chr. WIEGANDT 1986: Niedersächsische Raumordnungspolitik und die jüngere Entwicklung der Stadt Lingen (Ems). In: *Neues Archiv für Niedersachsen* 35, S. 107—135.
- DANIELZYK, R. u. C.-Chr. WIEGANDT 1987: Regionales Alltagsbewußtsein als Faktor der Regionalentwicklung? Untersuchungen im Emsland. In: *Informationen zur Raumentwicklung*, S. 441—449.
- FISCHER, P. 1991: Rede des niedersächsischen Wirtschaftsministers zur Gründungsversammlung des Regionalverbandes Südniedersachsen e. V. am 19. 8. 1991 in Göttingen. (Ms.) Hannover.
- FÜRST, D. 1991: Handlungsfähige Organisationsstrukturen für regionale Kooperationsmodelle in Niedersachsen. In: ARL (Hrsg.): *Perspektiven der*

- kommunalen Zusammenarbeit in Niedersachsen. Neue Wege der Regionalpolitik. Hannover, S. 62—67 (= ARL-EV 183).
- FÜRST, D. 1993: Der Region auf die Sprünge helfen. In: Passage Heft 1, S. 17—27.
- GERSDORF, M. 1992: Auswirkungen der Truppenreduzierung und Rüstungskonversion in Niedersachsen und Bremen. In: BLIEN, U. u. a.: Folgen von Truppenreduzierungen und Rüstungskonversion für den Arbeitsmarkt. Nürnberg, S. 221—259 (= Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 158).
- GLOGOWSKI, G. 1991: Regionalplanung im Spannungsfeld zwischen kommunaler Selbstverwaltung und Fachpolitik des Landes. In: ARL (Hrsg.): Perspektiven der kommunalen Zusammenarbeit in Niedersachsen. Neue Wege der Regionalpolitik. Hannover, S. 4—11 (= ARL-EV 183).
- GLOGOWSKI, G. 1993: Regionalpolitik als Zukunftsaufgabe. Rede des niedersächsischen Innenministers auf dem Workshop „Regionale Entwicklungsstrategien“ am 26. 4. 1993 in Oldenburg. (Ms.) Hannover.
- HÄBERLE, T. 1990: Die Region Hannover. In: HAASIS, H. A. u. M. E. STREIT (Hrsg.): Verdichtungsregionen im Umbruch: Erfahrungen und Perspektiven stadtreregionaler Politik. Baden-Baden, S. 299—326.
- HARDT, U. 1991: Regionalpolitik: Zentrale oder dezentrale Aufgabe? In: NIW (Hrsg.): Zur Neuorientierung der regionalen Wirtschaftspolitik. NIW-Workshop 1991. Hannover, S. 79—98.
- HÄUSSERMANN, H. u. W. SIEBEL 1993: Die Kulturalisierung der Regionalpolitik. In: Geographische Rundschau 45, S. 218—223.
- HAVERKAMP, C. 1991: Die Erschließung des Emslandes im 20. Jahrhundert als Beispiel staatlicher regionaler Wirtschaftsförderung. Sögel (= Emsland-Bentheim — Beiträge zur Geschichte Bd. 7).
- HESSE, M. u. R. LUCAS 1991: Ökologische Regionalentwicklung. Für eine nachhaltige Entwicklung der Regionen in Ost und West. Berlin (= Diskussionspapier 8/91 des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung).
- HITZ, H., SCHMID, C. u. R. WOLFF 1992: Zur Dialektik der Metropole: Headquarter Economy und urbane Bewegungen. In: Geographische Zeitschrift 80, S. 67—83.
- HUEBNER, M., KRAFFT, A. u. G. ULRICH 1992: Beschäftigung und Infrastruktur auf der „Ostfriesischen Halbinsel“. Oldenburg.
- IFO 1991: IFO-Institut für Wirtschaftsforschung: Niedersachsen 1990. Eine Bestandsaufnahme des Landes: Kurzfassung. München.
- ILS 1992: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Regionale Politik und regionales Handeln: Beiträge zur Analyse und Ausgestaltung der regionalen Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen. Duisburg.
- IPSEN, D. 1991: Stadt und Land — Metamorphosen einer Beziehung. In: HÄUSSERMANN, H. u. a.: Stadt und Raum. Soziologische Analysen. Pfaffenweiler, S. 117—156 (= Stadt, Raum und Gesellschaft 1).
- IWG 1989: Institut für Wirtschaft und Gesellschaft: Der Einfluß außerökonomischer Faktoren auf die Beschäftigung. Dargestellt an den Arbeitsamtsbezir-

- ken Leer und Balingen (verf. von GRÜSKE, K. D. u. J. LOHMEYER). (Ms.) Bonn.
- IWG 1991: Institut für Wirtschaft und Gesellschaft Bonn e. V./Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.): Wirtschafts- und arbeitskulturelle Unterschiede in Deutschland. Zur Wirkung außerökonomischer Faktoren auf die Beschäftigung (verf. von MIEGEL, M. unter Mitwirkung von GRÜNEWALD, R. u. K. D. GRÜSKE). Gütersloh.
- JUNG, H. U. 1989: Regionalbericht 1987/1988. Aktuelle wirtschaftliche Entwicklung in den Regionen Niedersachsens und den übrigen norddeutschen Küstenländern (unter Mitarbeit von HENTSCHEL, K. J.). Hannover.
- JUNG, H. U. 1992: Regionalbericht 1989/90/91. Aktuelle wirtschaftliche Entwicklung in den Regionen Niedersachsens und den angrenzenden Hansestädten (unter Mitarbeit von HENTSCHEL, K. J.). Hannover.
- KABINETTSVORLAGE 1993: Regionale Strukturpolitik in Niedersachsen. Handlungskonzept der Landesregierung zur Regionalisierung der Strukturpolitik. (Ms.) Hannover 1993.
- KANDEL, N. 1990: Jeder fünfte ist arm. Der Traum von einer Metropole. In: DÜVEL, H. u. a. (Hrsg.): Zügellos! Für eine bessere Zukunft in Niedersachsen. Göttingen, S. 50—61.
- KAPPERT, G. 1991: Regionalisierung der Wirtschaftspolitik. In: ARL (Hrsg.): Perspektiven der kommunalen Zusammenarbeit in Niedersachsen. Neue Wege der Regionalpolitik. Hannover, S. 12—17 (= ARL-EV 183).
- KILPER, H. u. D. REHFELD 1991: Vom Konzept der Agglomerationsvorteile zum Industrial District. Überlegungen zur Bedeutung innerregionaler Verflechtungen und Kooperationsbeziehungen für die Stabilität von Regionen. Gelsenkirchen (= IAT-PSO3).
- KRAFT, A. u. G. ULRICH 1993: Chancen und Risiken regionaler Selbstorganisation. Erfahrungen mit der Regionalisierung der Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. Opladen.
- KRÖMER, E. 1991: Kleine Wirtschaftsgeschichte Ostfrieslands und Papenburg. Norden.
- KRÜGER, R. 1993: Die neuen Regionalisierungsansätze als Chance für Ostfriesland? Aurich (= Perspektiven Ostfrieslands Heft 4).
- KRUMBEIN, W. 1993: Industrie- und Regionalisierungspolitik in Niedersachsen. Koordinierungsprobleme bei der Konzeptionierung und Umsetzung von Reformvorhaben. In: BULLMANN, U. (Hrsg.): Die Politik der dritten Ebene. Regionen im Prozeß der EG-Integration. Baden-Baden, (in Druck).
- KULTURPOLITISCHE GESELLSCHAFT (Hrsg.) 1992: Ferne Nähe — zur Intensivierung ländlicher Kulturarbeit. Hagen (= Dokumentation 41).
- LAG: Landesarbeitsgemeinschaft Norddeutsche Bundesländer der ARL 1992: Stellungnahme zur Regionalisierungsdiskussion in Nordwestdeutschland. In: ARL-Nachrichten 58, S. 17—19.
- LOMPE, K., REHFELD, D. u. A. BLÖCKER 1991: Regionale Bedeutung und Perspektiven der Automobilindustrie. Die Beispiele Südostniedersachsen und Südhessen. Düsseldorf.
- LROP-E 1992: Landesraumordnungsprogramm Niedersachsen. Entwurf 1992. Hannover.

- LROP 1994: Gesetz über das Landesraumordnungsprogramm Niedersachsen. Teil I. v. 2. 3. 1994. In: Nieders. GVBl. Nr. 5/1994 v. 9. 3. 1994, S. 130—140.
- MAYER, J. (Hrsg.) 1992: Die Produktion von Stadt-Land-Schaft II. Perspektiven für die Region Hannover. Rehburg-Loccum (= Loccumer Protokolle. 58).
- MAYER, M. 1991: „Postfordismus“ und „lokaler Staat“. In: HEINELT, H. u. H. WOLLMANN (Hrsg.): Brennpunkt Stadt. Stadtpolitik und lokale Politikforschung in den 80er und 90er Jahren. Basel usw., S. 31—51 (= Stadtforschung aktuell 31).
- MAYR, A. u. K. TEMLITZ (Hrsg.) 1991: Südoldenburg — Emsland. Ein ländlicher Raum im Strukturwandel. Münster (= Spieker 35).
- MEISSNER, R. 1986: Lebensqualität und Regionalbewußtsein. Objektive Lebensbedingungen und subjektive Raumbewertung im Kreis Leer (Ostfriesland). In: Berichte zur deutschen Landeskunde 60, S. 227—246.
- MW 1993: Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr: Regionalisierung der Wirtschafts- und Strukturpolitik in Niedersachsen. (Ms.) Hannover.
- NIW 1991: Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.): Zur Neuorientierung der regionalen Wirtschaftspolitik. NIW-Workshop 1991. Hannover.
- OLBERDING, S. 1990: Die kunststoffverarbeitende Industrie im Landkreis Vechta. In: KLOHN, W. (Hrsg.): Exkursionen zur Siedlungs- und Wirtschaftsgeographie in Nordwestdeutschland. Vechta, S. 183—198 (= Vechtaer Studien zur Angewandten Geographie und Regionalwissenschaft 1).
- POHL, J. 1993: Regionalbewußtsein als Thema der Sozialgeographie. Theoretische Überlegungen und empirische Untersuchungen am Beispiel Friaul. München (= Münchener Geographische Hefte Nr. 70).
- PRIEBES, A. 1992: Gemeinsame Landesplanung Bremen—Niedersachsen wiederbelebt. In: Raumforschung und Raumordnung 50, S. 343—345.
- PROGNOS 1967: Wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten des Landes Niedersachsen bis zum Jahre 1980. Untersuchungen im Auftrage des Niedersächsischen Ministers für Wirtschaft und Verkehr. (Ms.) Basel.
- REHFELD, D. 1990: High-tech als schöner Schein. Eine Industrieregion im Niedergang. In: DÜVEL, H. u. a. (Hrsg.): Zügellos! Für eine bessere Zukunft in Niedersachsen. Göttingen, S. 132—147.
- RIZZARDO, R. 1988: East Frisia — from culture to development. Strasbourg (= Council of Europe, project no. 10, culture and region, no. 7).
- TACKE, A. 1982: Stagnation der Industrie — Krise der Region. Am Beispiel von Branchen- und Industriestudien im Raum Ostfriesland — Oldenburg — Emsland. Frankfurt, New York.
- VEHLING, W. 1990: Wirtschaftsstrukturen im Bezirk der Industrie- und Handelskammer Braunschweig. Entwicklung und Perspektiven. In: Neues Archiv für Niedersachsen 35, Heft 1, S. 6—13.
- WEICHHART, P. 1990: Raumbezogene Identität. Bausteine zu einer Theorie räumlich-sozialer Kognition und Identifikation. Stuttgart (= Erdkundliches Wissen Heft 102).
- WILLKE, H. 1989: Systemtheorie entwickelter Gesellschaften. Dynamik und

Risikanz moderner gesellschaftlicher Selbstorganisation. Weinheim, München.

WINDHORST, H. W. 1986: Das agrarische Intensivgebiet Südoldenburg. Entwicklungen, Strukturen, Probleme und Perspektiven. In: Zeitschrift für Agrargeographie 4, S. 345—366.